

BLITZ-BRIEFING:

AMPEL VERSCHLÄFT ZUKUNFTSINVESTITIONEN

Leitungs- und Planungsstab des Fraktionsvorsitzenden, 01.08.2023

I. Sachverhalt

Mit dem Aufbauplan NextGeneratioEU soll die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Pandemie gezielt gefördert werden. Das Herzstück dieses Aufbauplans ist die Europäische Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF). Der deutsche Anteil beläuft sich für die Jahre 2020-2026 auf rund 28 Mrd. Euro. Diese Mittel sollen entsprechend des Deutschen Aufbau- und Resilienzplans (DARP) den folgenden Bereichen zugutekommen:

1. Klimapolitik und Energiewende (11,3 Mrd. Euro)
2. Digitalisierung der Wirtschaft und Infrastruktur (5,9 Mrd. Euro)
3. Digitalisierung der Bildung (1,4 Mrd. Euro)
4. Stärkung der sozialen Teilhabe (1,3 Mrd. Euro)
5. Stärkung eines pandemieresilienten Gesundheitssystems (4,6 Mrd. Euro) und
6. Moderne Verwaltung und Abbau von Investitionshemmnissen (3,5 Mrd. Euro).

Die Auszahlung kann erst nach Erreichen von vorab vereinbarten Meilensteinen und Zielen erfolgen. Der DARP wurde mit 129 Meilensteinen und Zielen unterlegt. Um Zahlungsanträge stellen zu können und entsprechende Auszahlung zu erhalten, ist das vollständige Erreichen aller vereinbarter Meilensteine und Ziele nachzuweisen. Hier hakt es aus verschiedenen Gründen, sodass Deutschland bisher lediglich zur Vorfinanzierung 2,25 Mrd. Euro erhalten hat, aber noch keinen einzigen Zahlungsantrag stellen konnte. Dem Vernehmen nach soll noch nicht einmal die erforderliche Verwaltungsvereinbarung mit der Europäischen Kommission ausverhandelt sein!

Viele andere EU-Mitgliedstaaten sind hier deutlich weiter. Insgesamt wurden dem Vernehmen nach 26 Zahlungsanträge aus 18 Mitgliedstaaten gestellt und weitgehend genehmigt. Stand Mitte Juni summierten sich die Auszahlungen auf 153 Mrd. Euro. Deutschland gehört damit zu den wenigen Ländern, die weder einen Zahlungsantrag gestellt noch Auszahlungen erhalten haben. Gerade Länder wie Italien, Spanien und Griechenland erfüllen ihre Auflagen deutlich zuverlässiger und konnten bereits erhebliche Milliardenbeträge abrufen.

Auch bezüglich der zusätzlichen Mittel aus dem Programm REPowerEU (Gesamtvolumen 20 Mrd. Euro, deutscher Anteil 2,1 Mrd. Euro), die im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und den steigenden Energiepreisen zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden, sieht es nicht besser aus. Diese Mittel sollen zur Diversifizierung der Energieversorgung sowie Beschleunigung der Energiewende dienen. Während andere Staaten bereits ihre Planungen in Brüssel eingereicht haben, bereitet die Ampel ihre DARP-Anpassungen erst vor. Gerade wurde die Kabinetttbefassung auf Mitte August 2023 verschoben. Eigentlich hätten die Anpassungen bereits bis zum 30. April 2023 erfolgen sollen.

II. Unsere Position

Deutschland ist in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage und droht, bei Zukunftstechnologien den Anschluss zu verlieren. Es besteht ein hoher Finanzmittel- und Investitionsbedarf – gerade in den Bereichen Klima, Energie und Digitalisierung.

Es ist daher unverständlich, dass die Ampel nicht alle Hebel in Bewegung setzt, um die für diese Zwecke zur Verfügung stehenden EU-Mittel abzurufen und in Deutschland zu investieren. Hier wäre deutlich mehr Ehrgeiz angebracht, wie Länder wie Spanien, Italien und Griechenland durch ihre erfolgreichen Mittelabrufe zeigen.

Im Ergebnis gefährdet die Ampel nicht nur die wirtschaftliche Erholung in Deutschland, sondern droht sogar zum Bremsklotz für die wirtschaftliche Erholung in Europa zu werden. Da die ARF zudem bis 2026 umzusetzen ist und bisher von der Europäischen Kommission auch keine Verlängerung in Betracht gezogen wird, erscheint fraglich, ob Deutschland die Mittel überhaupt noch vollständig abrufen kann. Dies ist umso unverständlicher, da Deutschland – weitgehend unabhängig von den eigenen Mittelabrufen – einen Großteil der zukünftigen finanziellen Lasten aus dem ARF tragen wird müssen.

III. Sprachregelung

Statt im Kleinklein zu streiten, sollte sich die Ampel endlich auf das Wesentliche konzentrieren. Hierzu gehört, schnellstmöglich die Voraussetzungen zu schaffen, um alle zur Verfügung stehenden EU-Mittel abzurufen und Deutschland gerade auf den Gebieten Klimapolitik sowie Energiewende und Digitalisierung spürbar voranzubringen. Ansonsten droht Deutschland auch hier dauerhaft zum Schlusslicht Europas zu werden.

All dies zeigt erneut die Handlungsunfähigkeit der Ampel und einen unverantwortlichen Umgang mit den Finanzmitteln der Bürgerinnen und Bürger.

Falls Rückfragen bestehen oder Sie in den E-Mailverteiler des Blitz-Briefings aufgenommen werden möchten, schreiben Sie gerne eine E-Mail an blitzbriefing@cducsu.de.